



Medienmitteilung

Zeitungsvertrieb: eine vernünftige Preispolitik

Zürich, 23. Dezember 2009 – Ende August hat die Post den Verlegern eine massive Erhöhung der Vertriebspreise für Zeitungen und Zeitschriften angekündigt. Aufgrund der geharnischten Reaktionen hat der Verwaltungsrat der Post verlangt, dass die Geschäftsleitung mit den Verlegern einen Kompromiss aushandeln solle. Dem stand das Wort von Bundesrat Leuenberger gegenüber, welcher 2007 im Parlament erklärt hatte, dass die Vertriebspreise, mit Ausnahme der Teuerung, nicht angepasst werden würden.

Mit seinem Entscheid vom 23. Dezember 2009 hat das UVEK ein klares Signal gesetzt. Dank der Beibehaltung der Preise für die vergünstigte Tageszustellung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften schafft der Bund die Grundlage, dass in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit keine zusätzlichen Kosten – ausgenommen die Teuerung – seitens der Post auf Verleger und Abonnenten zukommen. Solche Rahmenbedingungen braucht die Presse, um in unserer Demokratie möglichst breit und vielfältig orientieren zu können.

Die Post hat den Auftrag die Grundversorgung sicherzustellen. Dazu gehören neben den Briefsendungen auch die Zeitungen und Zeitschriften in der Tageszustellung. Während das Volumen bei den Briefen schwankt und stetig abnimmt, bilden die abonnierten Zeitungen und Zeitschriften eine kalkulierbare Auslastung für das Postgeschäft. Den Rückgang und die neu geschaffene Konkurrenz bei den Briefen durch Erhöhung der Vertriebspreise bei den Zeitungen wettmachen zu wollen, können die Verleger nicht akzeptieren.

Weitere Auskünfte

Urs F. Meyer, Geschäftsführer, Verband SCHWEIZER PRESSE, 044 318 64 64